

Aufklärung hätten gewonnen, wenn man Danzig etwa mit Warschau, Krakau oder Berlin verglichen hätte. Spezifika lassen sich ja nur dann ermitteln, wenn man auch die Generalia betrachtet. Daß die Autorin diesen Blick auf die Zusammenhänge verweigert, ist wirklich schade, insbesondere im Hinblick auf das Resümee, das ein Verblässen der sarmatischen Mythologie feststellt. In den letzten Jahrzehnten der Adelsrepublik sei die Loyalität des königlichen Preußen zu Polen-Litauen daher ins Wanken geraten. Gerade an dieser Stelle mag es mancher Leser bedauerlich finden, daß ein vergleichender Blick durchweg fehlt. Wenn es auf S. 220 heißt, „the modern principle of nationality has even less patience with diversity and dissent than Catholic Nobles had in the Commonwealth's darkest hours“, trifft diese These zwar in vielen, aber keineswegs in allen Fällen zu. „Das moderne Prinzip der Nationalität“ hat es ja niemals gegeben, sondern zumindest zwei Hauptmuster: ein emanzipatorisches von unten und ein autoritäres von oben. Interessant wäre es auch gewesen, das allmähliche Abklingen des Sarmatismus sozialhistorisch zuzuordnen. Vielleicht bietet sich der Vf. ja noch die Möglichkeit, ihre Beobachtungen in Form eines Aufsatzes in größeren Zusammenhang zu stellen. Es würde sich lohnen!

Köln

Christoph Schmidt

Ireneus Lakowski: Das Behinderten-Bildungswesen im Preußischen Osten. Ost-West-Gefälle, Germanisierung und das Wirken des Pädagogen Joseph Radomski. (Forum Behindertenpädagogik, 6.) Lit Verlag. Münster 2001. 223 S., Abb. (€ 17,90.)

Die Entwicklung der Sonderpädagogik in den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen hat bisher weder in bildungs- noch in institutionengeschichtlicher Perspektive Berücksichtigung gefunden. Der Vf. der anzuzeigenden Dissertation bemüht sich um eine gleichberechtigte Darstellung beider Aspekte für den Zeitraum von 1795 bis 1919. Zunächst benennt er Rahmenbedingungen und die einzelnen Einrichtungen des Bildungswesens für Taubstumme, Blinde, geistig Behinderte, Lernbehinderte, „Verwahrloste“, Sprach- und körperlich Behinderte. Dabei stützt er sich ganz überwiegend auf zeitgenössisches Schrifttum und Presseberichte, nur vereinzelt zitiert er Originalquellen. Die insgesamt festzustellende Rückständigkeit des Behinderten-Bildungswesens in den östlichen preußischen Provinzen möchte er nicht nur auf konfessionelle und nationale Spannungen, sondern gerade auch auf wirtschaftliche und administrative Probleme zurückgeführt wissen. In einem zweiten Abschnitt schildert Lakowski Leben und Werk Joseph Radomskis (1848-1929), der begleitend zu seiner Tätigkeit als Taubstummenlehrer in Marienburg und Posen wichtige pädagogische Schriften über die Erziehung und Ausbildung behinderter Menschen verfaßt hat. Über weite Strecken beschränkt sich der Vf. dabei auf kommentierende Zusammenfassungen der unangemessen ausführlich zitierten Texte Radomskis. Leider weist das Werk zudem gravierende formale und inhaltliche Mängel auf, die seinen Wert erheblich schmälern. Schreibstil und Satzbau sind, selbst bei wohlwollender Betrachtung, extrem gewöhnungsbedürftig, erschweren in vielen Passagen das Textverständnis und spiegeln so das mangelnde Geschick des Vf.s wider, bei der Schilderung der historischen Hintergründe zentrale und randständige Entwicklungen sinnvoll zu gewichten. Bedenklicher noch erscheinen die geradezu haarsträubenden inhaltlichen Fehler: So verortet L. das Großherzogtum Warschau westlich der Elbe (S. 16) und sieht sich nicht im Stande festzulegen, ob die Maigesetze zum Auftakt des Kulturkampfes 1872 oder 1873 erlassen wurden (S. 35). Diese schwer wiegenden Nachlässigkeiten bei der historischen Recherche lassen den Leser dann auch in Ungewißheit darüber zurück, ob der Vf. tatsächlich alles zur Verfügung stehende Quellen- und Literaturmaterial ausgeschöpft hat, wenn er an zahlreichen Stellen seiner Arbeit behauptet, zu der jeweils beschriebenen Bildungseinrichtung keine weiteren Hinweise gefunden zu haben. Hätte sich der Verlag, gerade auch im Interesse des Vf.s, die Mühe gemacht, den Text einer auch nur oberflächlichen Redaktion zu unterziehen, wäre zudem aufgefallen, daß auf der Mehrzahl der abgebildeten Landkarten praktisch nichts zu erkennen ist (S. 15, 17 u. 127). Verlag und Vf. müssen sich den Vor-

wurf gefallen lassen, einen nur unzureichend durchgearbeiteten Text zu einem äußerst interessanten Themenkomplex vorschnell veröffentlicht zu haben.

Marburg/Lahn

Christoph Schröder

Aldona Gaigalaitė: Lietuva Paryžiuje 1919 m. [Litauen in Paris 1919]. Verlag Šviesa. Kaunas 1999. 215 S., Ill.

Im Unterschied zu Polen gehörte Litauen nicht zu den Mitgliedern der Pariser Friedenskonferenz 1919/20, an deren Beratungen nur die gegen die Mittelmächte kämpfenden Staaten teilnehmen durften. In den Augen der Ententemächte galt Litauen als ein von den Deutschen errichteter Staat. Obendrein erschwerten russische und polnische Ansprüche auf Litauen lange Zeit dessen staatliche Anerkennung. Zwar entsandte wie alle anderen Staaten auch Litauen am 13. Februar 1919 eine hochrangige Delegation nach Paris unter der Leitung von Prof. Augustinas Voldemaras, doch mußte diese sich mit einem Beobachterstatus begnügen und wurde lediglich bei Beratungen der Kommissionen über die polnische und die russische Frage konsultiert. Darüber hinaus hatte sie nur die Möglichkeit, Petitionen und Memoranden einzureichen und hinter den Kulissen aktiv zu werden. Noch bis Ende Juni 1919 vermieden es die Teilnehmer der Friedenskonferenz, den Namen Litauen überhaupt zu verwenden. Erst nachdem England am 24. September 1919 Litauen de facto anerkannt hatte, wurde es auch auf der Friedenskonferenz zunehmend Gegenstand von Verhandlungen.

Die litauische Delegation entfaltete von Anfang an eine recht intensive Tätigkeit. Sie suchte nach Wegen, auf die großen Vier der Friedenskonferenz einzuwirken, traf sich mit den Abordnungen anderer Staaten und beteiligte sich eifrig am propagandistischen Geplänkel hinter den Kulissen. Die Hauptaufgabe der Delegation war es dabei, die staatliche Anerkennung Litauens zu erreichen. Die litauische Regierung hatte ihr strengstens untersagt, über einen Anschluß an Polen oder Rußland zu verhandeln. Da auf der Friedenskonferenz auch über Grenzfragen entschieden wurde, bemühte sich die Delegation, für Litauen günstige Beschlüsse zu erreichen. Sehr schnell übernahm sie aber auch andere, weniger diplomatische Aufgaben. Nachdem Litauen im Sommer 1919 eine eigene Armee aufgebaut und sie gegen die Bolschewiki eingesetzt hatte, suchte es bei den Ententemächten um militärische Unterstützung nach. Es brauchte dringend Waffen und Transportmittel, und die Delegation wurde sogar beauftragt, französische, englische und amerikanische Offiziere zu verpflichten und ein Bataillon von in Amerika lebenden Litauern aufzustellen.

Die Tätigkeit der litauischen Delegation in Paris wie auch die Litauen betreffenden Beratungen auf der Friedenskonferenz sind bislang von litauischer Seite wenig untersucht worden, obwohl alle Protokolle der Delegation in litauischen Archiven erhalten geblieben sind. Vor allem diese Protokolle werden in der vorliegenden Untersuchung ausgewertet. Quellen in westlichen Sprachen hingegen hat die Autorin, die zu der älteren, noch in der Sowjetzeit ausgebildeten Historikergeneration gehört, aus sprachlichen Gründen nicht herangezogen. Dennoch erlauben es die ihr zugänglichen Archivalien, die Tätigkeit der Delegation recht gut zu beleuchten: Ihre Zusammensetzung, ihr Wirken von März 1919 bis zur Auflösung im Dezember desselben Jahres, ihre zahlreichen Bemühungen, sich Gehör in der Konferenz zu verschaffen, und ihre Auseinandersetzungen vor allem mit polnischen, russischen und lettischen Gesandten werden dargestellt. Für den deutschen Leser ist das Kapitel über die Beziehungen Litauens zu Deutschland aufschlußreich. Die litauische Regierung forderte die Angliederung von Klein-Litauen, das den ganzen nördlichen Teil Ostpreußens umfaßte. Die Konferenz war jedoch lediglich dazu bereit, den Hafen Memel mit dem Memelland von Deutschland abzutrennen. Da Litauen als Staat noch nicht anerkannt war, forderten die Ententemächte das Memelland für sich ein und stellten es unter ihre Verwaltung, wogegen Litauen protestierte. Zur Sprache kommen auch die Verhandlungen der litauischen Abordnung um die Belassung der deutschen Truppen an der Front